

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 12.03.2009 um 18.15 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May  
Stadtrat E. Müller  
Stadtrat M. Müller  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt\_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker (ohne Ziffern 6 und 7)  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ohne Ziffer 12)  
Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos  
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof  
Stadtrat Konrad  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn (bis 19.45 Uhr, Ziffer 12)  
Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt

Ortssprecher

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Amtsrat Teichmann  
Frau Noormann (bis Ziffer 13)  
Stadtplaner Neumann

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Moser  
Stadträtin Kahnt  
Bürgermeisterin Regan  
Stadträtin Wachter

Stadtrat Böhm  
Herr Pfreizinger (Ortssprecher Hoheim)

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

### 1. Maßnahmenbeschluss und Ausschreibung eines Quartiersmanagements im Rahmen des Projekts Soziale Stadt Kitzingen-Siedlung: "Meine Siedlung - Unser Kitzingen"

A. Frau Noormann, Stabstelle des Oberbürgermeisters, geht ausführlich anhand einer Präsentation auf den Quartiersmanager sowie dessen Aufgaben, dessen Qualifikationen und auf den zeitlichen Umfang seiner Arbeit ein. Sie stellt dar, dass bei einer Einstellung auf 40 Stunden/Woche vor allem für die Öffnungszeiten des Bürgerbüros mehr Zeit verwendet werden könnte. Außerdem geht sie auf die entstehenden Kosten, die über das Städtebauförderungsprogramm gefördert werden können sowie die Standorte in der Siedlung ein.

Oberbürgermeister Müller ergänzt, dass der Arbeitskreis eine Einstellung mit 30 Stunden/Woche und die Verwaltung eine Einstellung mit 40 Stunden/Woche befürworte.

Stadtrat Stiller verweist auf die Situation in Würzburg, die auch schwierige Aufgaben haben und die Stelle des Quartiersmanagers auf 30 Stunden/Woche festgelegt ist.

Frau Noormann erklärt, dass die Größe des Bereichs nicht auf die Stunden heruntergebrochen werden könne. In der Siedlung gehe es vielmehr um die Schaffung und Erweiterung eines Netzwerkes, weshalb 40 Stunden/Woche notwendig sind.

### B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

#### a) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt als Referentin für Soziale Stadt und Stadtteilfeörderung stellt fest, dass durch dieses Städtebauförderungsprogramm die Siedlung eine große Chance habe. Ihrer Auffassung nach sollte die Stelle mit 40 Stunden/Woche ausgeschrieben werden, nachdem dann mehr Augenmerk auf die Bürgeraktivierung gelegt werden könne. Durch die Arbeit des Quartiermanagers und die Erfahrung, die die Verwaltung dabei erhalte, könnten auch alle anderen Stadtteile profitieren. Nachdem mit der Stelle des Quartiermanagers die Arbeit und die Akzeptanz der Bürger steht und fällt appelliert sie an ihre Ratskollegen, die Stelle auf 40 Stunden festzulegen.

#### b) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter verweist auf die umfangreiche Diskussion im Arbeitskreis mit der Empfehlung, die Stelle mit 30 Stunden/Woche auszuschreiben. Ihrer Auffassung nach gehen selbst bei einer befristeten Teilzeitstelle genügend Bewerbungen ein, die den Qualifikationen gerecht werden. Darüber hinaus bestehen in der Siedlung durch die Vereins- und die kirchliche Arbeit gute Verbindungen.

Abschließend bittet sie, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Quartiersmanagers und dem Stadtbauamt funktionieren müsse.

#### c) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab spricht sich für die Ausschreibung der 30 Stunden aus und verweist bedenklich auf die vielen Qualifikationen, die in der Ausschreibung gefordert werden. Nachdem die Netzwerke in der Siedlung nicht derart schlecht sind, wie es oft beschrieben wird, reicht die genannte Stundenzahl aus.

d) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich für die Schaffung des Quartiersmanagers sowie die Ausschreibung der 40 Stunden/Woche aus. Die Erfahrung zeigt, dass sich auf befristete Teilzeitstellen nur begrenzt Bewerber interessieren.

e) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp erklärt, dass für die Maßnahme „Soziale Stadt“ ein Quartiersmanager dringend nötig sei und die Ausschreibung auf der Basis von 30 Stunden/Woche erfolgen solle. Im Übrigen bestehen in der Siedlung durch die Vereinsarbeit und den kirchlichen Einrichtungen bereits Netzwerke.

f) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof verweist auf die Situation, vor allem im alten Bereich der Siedlung und stellt dar, dass in manchen Bereichen (Bildung, Wohnen, Lebensstandard) das Niveau an der unteren Grenze liege. Aus diesem Grund ist die Einstellung des Quartiersmanagers dringend notwendig. Dieser müsse eine starke Persönlichkeit haben, der der sozialen Situation in der Siedlung gerecht werde. Aufgrund der Aufgaben spricht er sich für 40 Stunden/Woche aus. Außerdem gibt er zu Bedenken, dass mit der Ausschreibung von 30 Stunden nicht mit ausreichend qualifizierten Bewerbungen gerechnet werden müsse.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt verweist auf viele anderen Kommunen, bei denen der Quartiersmanager in Teilzeit beschäftigt werde. Aus diesem Grund könne er sich eine Ausschreibung von 25 Stunden/Woche vorstellen. Dabei sollte der Quartiersmanager von Studenten bzw. Praktikanten unterstützt werden.

B. Nach weiterer Diskussion zur Ausschreibung sowie der Frage, ob die Stunden bei Bedarf auch angepasst werden, bejaht Oberbürgermeister Müller die Frage und bittet um Abstimmung der einzelnen Anträge (40/30/25-Stunden).

**C. Mit 9 : 17 Stimmen**

Der Stellenumfang beträgt 40 Stunden/Woche, befristet auf drei Jahre.

**D. Mit 23 : 3 Stimmen**

Der Stellenumfang beträgt 30 Stunden/Woche, befristet auf drei Jahre.

E. Stadträtin Schmidt gibt zu Protokoll, dass sie zum Zeichen dagegen gestimmt habe, sie sich jedoch für die 30 Stunden/Woche ausspreche.

**F. Mit 1 : 25 Stimmen**

Der Stellenumfang beträgt 25 Stunden/Woche, befristet auf drei Jahre.

**G. Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Der Sachvortrag wird zu Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines Quartiersmanagements als erste Maßnahme des Projekts „Meine Siedlung – Unser Kitzingen“ im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“.
3. Es besteht Einverständnis, den Quartiersmanager bei der Bau GmbH anzusiedeln.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Zuwendungsantrag für die Maßnahme bei der Regierung von Unterfranken zu stellen.

5. Die Bau GmbH wird beauftragt, die Stelle des Quartiersmanagements gemäß der Aufgabendefinition im Sachvortrag auszuschreiben.
6. Die Ausschreibung soll unverzüglich erfolgen, die Einstellung soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

2. Fortschreibung der Regionalplanes zur Ausweisung von Ausschluss-, Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windkraftnutzung

- A. Stadtplaner Neumann geht auf den Sachvortrag ein und stellt das Verfahren der Fortschreibung dar. Er kommt zum Ergebnis, dass auf dem Gebiet der Stadt Kitzingen weder Vorrang- noch Vorbehaltsflächen für Windenergie ausgewiesen wurden. In Kitzingen könnten in 5 Gebieten rein theoretisch weitere Windkraftanlagen entstehen. Nachdem die Stadt Kitzingen im Flächennutzungsplan ein „Konzentrationsgebiet Windenergie“ ausgewiesen habe, könnten an diesen Stellen aber nur Anlagen errichtet werden, wenn der Flächennutzungsplan angefochten und durch ein Gericht aufgehoben werden würde.  
Oberrechtsrätin Schmöger stellt dar, dass dies kaum möglich sei, nachdem der Flächennutzungsplan hinsichtlich der 28. Änderung die Prüfung im Klageverfahren standhielt.

**B. Mit 26 . 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass für den Bereich der Stadt Kitzingen im Entwurf der Fortschreibung des Regionalplanes keine Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windkraftnutzung ausgewiesen sind.
3. Der Stadtrat stimmt dem Entwurf grundsätzlich zu.

3. 15. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es wird folgende 15. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen beschlossen:

**15. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kitzingen**

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalen Abgabengesetzes erlässt die Große Kreisstadt Kitzingen folgende

**Satzung**

§ 1

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung vom 22.07.1991 in der Fassung der Änderungssatzung vom 01.04.2008 wird wie folgt geändert:

§ 12 wird wie folgt geändert:

### Gebührenhöhe

Die Einleitungsgebühr beträgt für das

a.) Schmutzwasser (§10)	2,05 €/Kubikmeter
b.) Niederschlagswasser (§11)	0,24 €/Quadratmeter

### § 2

Diese Satzung tritt zum 01.04.2009 in Kraft.

4. Nordtangente BA I von Bau-km 0+180 bis Alte Poststraße (Mittelabschnitt)  
Deponiegebühren für nicht benötigte Erdmassen der Bodenklassen 3 – 5 LAGA Z0  
Auftragsvergabe Beschluss

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wird Kenntnis genommen.
2. Vorbehaltlich der reibungslosen Vergabe des Bauauftrages der Nordtangente BA I von Bau-km 0+180 bis Alte Poststraße (Einsprüche/Klagen von nicht berücksichtigten Bietern) erhält die Fa. Lenz-Ziegler-Reifenscheid GmbH, Kitzingen, auf Grundlage ihres Angebotes vom 05.02.2009 den Auftrag, die zur Deponierung vorgesehenen Erdmassen aus dem Bauauftrag Nordtangente BA I (Mittelabschnitt) LAGA Z0 in der Deponie Hörblach anzunehmen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, nach Ablauf der Widerspruchsfrist des Bauauftrages der Nordtangente BA I von Bau-km 0+180 bis Alte Poststraße (Mittelabschnitt) den Auftrag zu erteilen.

5. Nordtangente BA I von Bau-km 0+180 bis Alte Poststraße (Mittelabschnitt)  
Straßenbau, Ingenieurbau  
Auftragsvergabe Beschluss

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag zum Bau der Nordtangente BA I von Bau-km 0+180 bis Alte Poststraße wird auf Grundlage des Angebotes vom 15.01.2009 zum Preis von 4.371.093,23 € incl. 19 % MWSt. an die Bietergemeinschaft Glöckle/STRATEBAU, Schweinfurt erteilt.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt nach Ablauf der Einspruchsfrist der nichtberücksichtigten Bieter das Auftragschreiben zu unterzeichnen.

## 6. Klärwerk – Beschaffung einer Drehkolbenpumpe

### **Ohne Abstimmung**

Gemäß Beschluss in der nichtöffentlichen Sitzung wird der Auftrag für die Beschaffung einer Drehkolbenpumpe für das Klärwerk vergeben.

## 7. Zuschlagserteilung für die Kanal-TV-Untersuchung Kanalnetz Kitzingen im Jahre 2009

- A. Oberbürgermeister Müller bittet um Zustimmung des Beschlussentwurfes.  
Stadtrat Schmidt bittet um Überprüfung, ob sich die Anschaffung, das Leasen oder Mieten einer Kamera hochgerechnet auf die 10 Jahre rechnen würde, nachdem derartige Aufträge jährlich vergeben werden.  
Oberbürgermeister Müller sagt dies zu, gibt aber zu Bedenken, dass bei den Kosten in Höhe von 21.000,00 € auch die Arbeitszeit der Firma inbegriffen ist.

### **B. Mit 25 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wird Kenntnis genommen.
2. Die Firma Baier Rohrreinigung GmbH, Erlangen erhält als preisgünstigster Bieter der beschränkten Ausschreibung vom 21.01.2009 auf der Grundlage ihres Angebotes vom 20.01.2009 in Höhe von 21.405,52 € den Zuschlag zur Ausführung der Kanal-TV-Untersuchungen im Jahre 2009.

## 8. Auftragsvergabe für die Frühjahrslieferung von Bäumen und Gehölzen 2009

### **Ohne Abstimmung**

Gemäß Beschluss in der nicht öffentlichen Sitzung wird der Auftrag für die Beschaffung der Bäume und Gehölze vergeben.

## 9. Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 88 „Repperndorfer Straße/ Siegfried-Wilke-Straße“ mit Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 44 „Repperndorfer Mühlbach“

### **Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt, die erlassene Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 88 „Repperndorfer Straße/ Siegfried-Wilke-Straße“ mit Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 44 „Repperndorfer Mühlbach“ gemäß § 17 Abs. 1 BauGB um ein Jahr zu verlängern.

## 10. Maßnahmen zur Bewerbung auf Förderung im Rahmen des Konjunkturpaketes II

- A. Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer berichtet von einer Informationsveranstaltung in Iphofen hinsichtlich der Förderung nach dem Konjunkturpaket II der Regierung von Unterfranken und stellt dar, dass aufgrund der Anfragen das Paket bereits dreimal über-

zeichnet sei. Er stellt dar, dass die Förderung von energetischen Maßnahmen inso- weit unterteilt wird, dass für Schulen 55 Mio. €, für Kindergärten 17 Mio. € und für Dienstgebäude 8 Mio. € zur Verfügung stehen. Auf Empfehlung der Regierung von Unterfranken sollte man nicht alle Maßnahmen, die im Rahmen der Haushaltsbera- tungen vorgestellt wurden, anmelden. Man sollte sich vielmehr auf die Unterteilungen beziehen und das Rathaus, die Hauptschule Siedlung sowie den Kindergarten St. Eli- sabeth (durch den Träger) für das Konjunkturpaket II anmelden.

Stadtrat Rank ist der Auffassung, dass auch die Friedrich-Bernbeck-Schule angemel- det werden sollte. Gegebenenfalls sollte das Rathaus durch die Friedrich-Bernbeck- Schule ausgetauscht werden.

Stadtrat Schmidt ist gleichwohl der dargestellten Situation der Auffassung, dass die Stadt alle Maßnahmen anmelden sollte.

Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer stellt dar, dass von der Regierung von Unterfranken das Anmelden von kleineren Maßnahmen empfohlen und Generalsanierungen kri- tisch gesehen werden. Gleichwohl sagt er zu, die Friedrich-Bernbeck-Schule als vier- te Maßnahme anzumelden.

Hinsichtlich der Anregung von Stadtrat Schmidt stellt Berufsmäßiger Stadtrat Roda- mer dar, dass nicht die Masse der Maßnahmen sondern die Qualität entscheidend sei und sich die Auswahl nach den Voraussetzungen der „Zusätzlichkeit, Nachhaltigkeit und der Finanzkraft der Kommune“ richte.

#### B. Mit 25 : 0 Stimmen

Für folgende Maßnahmen wird im Rahmen des Konjunkturpaketes II eine Bewerbung zur Förderung nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz bei der Regierung von Unter- franken vorgelegt (gleichzeitig Prioritätenliste):

1. Energetische Sanierung und Brandschutz Rathaus / Stadtbauamt
2. Energetische Sanierung und Brandschutz Hauptschule Siedlung
3. Energetische Sanierung und Brandschutz Kindergarten St. Elisabeth  
(Bewerbung durch Kirchengemeinde)
4. Energetische Sanierung und Brandschutz Friedrich-Bernbeck-Schule

#### 11. Zentrenkonzept: Teilnahme des Stadtmarketingvereins am Workshop

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass ein Vertreter des Stadtmarketings beim Workshop hinsichtlich des Zentrenkonzepts auch mit Blick auf die weitere Zusammenarbeit teilnehmen sollte.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent spricht sich für die Teilnahme des Stadtmarketingvereins am Workshop aus, auch wenn er im Grunde gegen den Workshop und gegen die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes sei.

b) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt als Referent für Konversion und Wirtschaftsförderung ist der Auf- fassung, dass der Stadtmarketingverein der erste Vertreter der Einzelhändler in Kitzingen sei und deshalb am Workshop teilnehmen müsse.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich ebenfalls für die Teilnahme des Stadtmar- ketingvereins am Workshop aus.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp ist ebenfalls der Auffassung, dass der Stadtmarketingverein am Workshop teilnehmen müsse.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof stellt dar, dass er bis zur Klärung der ausstehenden Punkte (welche Aufgaben hat der Stadtmarketingverein, was hat er bereits gemacht, was geschieht mit den Zuschüsse) der Teilnahme nicht zustimmen könne.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich der Meinung der Verwaltung an.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt schließt sich der Meinung von 2. Bürgermeister Christof an.

**C. Mit 22 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, dass ein Vertreter des Stadtmarketingvereins am Workshop „Zentrenkonzept“ teilnimmt.

12. Konversion: Rahmenvereinbarung der Stadt Kitzingen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben II

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass die vorgelegte Rahmenvereinbarung die mit der BIMA abgestimmte Fassung sei.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt als Referent für Konversion und Wirtschaftsförderung stellt dar, dass die Vereinbarung die Grundlage für die weitere Zusammenarbeit und die Entwicklung der Konversionsflächen darstelle. Die UsW wird der Vereinbarung einstimmig zustimmen.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent ist der Auffassung, dass mit der Rahmenvereinbarung dokumentiert werde, dass die Konversion seitens der Stadt und der BIMA gemeinsam angegangen werde. Er gibt jedoch zu Bedenken, dass man allein durch die Vereinbarung noch keinen Vermarktungserfolg erzielte. Die CSU wird der Vereinbarung zustimmen.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich für die Vereinbarung aus, jedoch verlief das bisherige Vermarktungsverfahren eher zäh. Ihrer Auffassung nach müsse dies mit der Rahmenvereinbarung nun forciert werden.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp hoffte, dass die vereinbarten Punkte nun zum Tragen kommen. Neben der BIMA müsse nun auch die Stadt die erforderlichen Arbeiten erledigen, um zu einer Vermarktung zu kommen. Die FW stimmt der Rahmenvereinbarung zu.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof stellt dar, dass aufgrund der Vereinbarung keine rechtliche Verpflichtung entstehe. Er sehe das weitere Vorgehen aufgrund der Vereinbarung kritisch, was auch die übrigen Stellungnahmen teils zeigten. Außerdem hält er an seinen Antrag fest, dass bzgl. des Sachstandes die BIMA im Gremium einen Bericht abgebe.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass hierzu die BIMA auch bereit sei und für die Zukunft ein Termin vereinbart werde. Darüber hinaus werde im Rahmen der Steuergruppe ebenfalls der Sachstand erklärt, den die übrigen Mitglieder an die Fraktionen und Gruppen weitergeben könnten.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist der Auffassung, dass die Rahmenvereinbarung mit Taten umgesetzt werden müsste. Darüber hinaus fordert sie eine gegenüber dem Gremium wie den Bürgern transparentere Berichterstattung.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt ist der Auffassung, dass die Konversion den größten Stellenwert in Kitzingen haben sollte und bittet um Zustimmung und hofft, dass sich durch die Rahmenvereinbarung nun Bewegung in die Vermarktung komme.

**C. Mit 22 : 2 Stimmen**

1. Der Sachvortrag wird zu Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt der Rahmenvereinbarung zu.
3. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister, die Rahmenvereinbarung (Stand 28.01.2009) mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben einzugehen.

13. Expo Real 2009

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachverhalt ein und bittet um Zustimmung, auch in 2009 wieder an der Expo-Real im Verbund mit der Metropolregion Nürnberg teilzunehmen.

Frau Noormann geht im Folgenden ausführlich die bisherigen Erfolge bei der Expo-Real ein und stellt dar, dass man beispielsweise in 2008 18 Kontakt geknüpft habe, von denen 5 Interessenten sehr ansprechend seien. Sie stellt dar, dass ein Netzwerk an Kontakten erst wachsen müsse, woraus man sich im Folgenden Synergieeffekte erhoffe.

In der Folgenden Diskussion sprechen sie die Stadträte Mehrheitlich für einen weiteren Auftritt an der Expo Real aus. Es wird aber auch von den Befürwortern die Meinung geäußert, dass bei der Vermarktung der Konversionsflächen mehr Engagement entgegengebracht werden sollte, wozu auch eine bessere Werbung (Stand Expo Real, überregionale Zeitung) gehöre. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, in Kitzingen eine Messe auf den Konversionsflächen zu veranstalten. Es wird zu Bedenken, gegeben, dass in naher Zukunft auch Würzburg und Schweinfurt die gleichen Probleme hätten und Kitzingen dabei nicht unter gehen dürfe.

**B. Mit 22 : 3 Stimmen**

Es besteht Einverständnis damit, dass die Stadt Kitzingen an der Expo Real 2009 als Standpartner der Europäischen Metropolregion Nürnberg teilnimmt. Bei der HSt.

1.7911.9590 stehen die Haushaltsmittel zur Verfügung.

Dem Oberbürgermeister wird Vollmacht erteilt, die verbindliche Anmeldung und die weitere vertragliche und organisatorische Abwicklung vorzunehmen.

14. Weitere Fördermaßnahmen zum Verkauf von Wohnbaugrundstücken  
Weitergewährung des Kinderrabattes

A. Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass aufgrund eines vorliegenden Kaufinteressen die Gewährung des 10 %igen Kinderrabattes bis zum 31.12.2009 verlängert werden sollte.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass man die Gewährung des Kinderrabattes auf 2 Jahre verlängern sollte. Außerdem bittet sie die Preise bei der Werbung im Internet insgesamt anzupassen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu. Hinsichtlich der Frist hält er die Verlängerung bis zum 31.12.2009 aufgrund möglicher Vermarktungserfolge für sinnvoller.

Stadträtin Richter bittet den Kinderrabatt in Rabatt für Familien umzunennen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

2. Bürgermeister Christof stellt dar, dass die zögerliche Vermarktung von Baugebieten auf die hohen Preise zurückzuführen sei und man deshalb die Preise insgesamt reduzieren sollte. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass der Antrag der CSU auf Verlängerung des Baugebotes in diesem Zusammenhang betrachtet werden müsse.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Antrag der CSU unabhängig vom Familienrabatt behandelt werden sollte, auch weil die Anfrage des Kaufinteressenten bestehe.

**B. Mit 22 : 3 Stimmen**

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadträtin Richter besteht Einverständnis.

C. Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung, ob die familienfreundliche Förderung zu den bisherigen Voraussetzungen bis zum 31.12.2010 verlängert werde.

**D. Mit 24 : 1 Stimmen**

1. Die „Förderung von Familien mit Kindern“ beim Verkauf von Bauplätzen der Stadt Kitzingen wird verlängert und gilt bis 31.12.2010 (Datum der Kaufurkunde).
2. Es bleibt bei den bereits beschlossenen Bedingungen
  - es muss ein Kind unter 18 Jahren vorhanden sein
  - es werden 10 v. H. vom Netto-Preis gewährt
  - es gelten die normalen Bebauungsfristen

15. weitere Fördermaßnahmen zum Verkauf von Wohnbaugrundstücken  
Wegfall der Bebauungsverpflichtung

Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachvortrag ein und stellt dar, dass sich die Verwaltung ein gänzlich Wegfallen der Baubaupflicht bei 20 % der Grundstücke eines Baugebietes (Hammerstiel und Buddental je 5, Holunderweg 1) vorstellen könnte. Hierbei sollte jedoch der familienfreundliche Rabatt nicht gelten.

Stadtrat Rank geht kurz auf den Antrag der CSU ein und stellt dar, dass Grundstücke im Hinblick auf die Finanzkrise eine sichere Anlage seien. Er könne dem Vorschlag der Verwaltung folgen.

2. Bürgermeister Christof bittet aufgrund der Tischvorlage und der fortgeschrittenen Zeit den Punkte zu vertagen. Gleichzeitig bittet er die städtebaulichen Konsequenzen (ggf. Ausweisung von neuen Baugebieten) durch diesen Vorgehen durch den Stadtplanern darzulegen.

Hiermit besteht Einverständnis. Die Angelegenheit wird im nächsten Turnus (26.03/02.04) behandelt.

16. Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Photovoltaik-Solarparkes im Bereich Kaltensondheim/ Repperndorf

**Mit 24: 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat befürwortet die Errichtung eines Photovoltaik-Solarparkes im Bereich Kaltensondheim/ Repperndorf nicht.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21.10 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer